

Grüne Vermögensabgabe - Auf die Schnelle

Schwarz-Gelb hat in den letzten vier Jahren alleine im Bund 100 Mrd. € neue Schulden gemacht. Dem öffentlichen Schuldenberg stehen immer weiter wachsende Privatvermögen in den Händen einiger weniger entgegen. Wir wollen unseren Kindern keinen riesigen Schuldenberg hinterlassen. Deshalb wollen wir eine Vermögensabgabe einführen, deren Mittel zweckgebunden in den Schuldenabbau fließen.

Die drei wichtigsten Fakten:

1. Seit 2005 ist die Staatsverschuldung in Deutschland um 500 Milliarden Euro auf über 2000 Milliarden Euro angestiegen. Schwarz-Gelb hat alleine im Bund seit 2009 100 Mrd. € neue Schulden gemacht. Die Schuldenquote der Bundesrepublik beträgt inzwischen 82 Prozent des Bruttoinlandsproduktes.
2. Das private Vermögen ist auf 7 Billionen Euro gestiegen, aber sehr ungleich verteilt: Ein Drittel gehört dem reichsten Prozent, zwei Drittel den reichsten zehn Prozent.
3. Durch die grüne Vermögensabgabe sollen innerhalb von 10 Jahren 100 Milliarden Euro Schulden getilgt werden. Die Mittel gehen ausschließlich in den Abbau von Schulden.

Das GRÜNE Ziel:

Wir wollen Staatsschulden abbauen und den öffentlichen Haushalt wieder auf eine solide Basis stellen. Die Vermögendsten in unserer Gesellschaft können einen Beitrag dafür am ehesten stemmen. Zukünftige Generationen werden entlastet.

Das wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Einführung einer einmaligen, befristeten Vermögensabgabe. BürgerInnen, die mehr als eine Millionen Euro Nettovermögen haben, sollen über eine Laufzeit von 10 Jahren einen jährlichen Abgabesatz von 1,5 Prozent auf ihr Vermögen zahlen. Betriebsvermögen werden durch angemessene Freibeträge geschützt. Zudem ist sichergestellt, dass die Abgabe aus dem laufenden Gewinn geleistet werden kann. Eine Substanzbesteuerung bei Betriebsvermögen ist ausgeschlossen.

Grüne Vermögensabgabe - Im Einzelnen

Enorme öffentliche Schulden und riesige private Vermögen – das passt in einer gerechten Gesellschaft nicht zusammen. Wir wollen den Schuldenberg des Bundes substanziell verringern. Dabei greifen wir auf das Vermögen des reichsten Prozent der deutschen Bevölkerung zurück.

Die drei wichtigsten Fakten:

1. Die Finanzkrise hat enorme Auswirkungen auf die Finanzlage des Staates. Der Bund muss Garantien im Umfang von über 150 Milliarden Euro zugunsten maroder Banken bereitstellen, um so das Finanzsystem zu stabilisieren. Hinzu kamen milliardenschwere Konjunkturpakete, die den Absturz der Wirtschaft gebremst haben. Bislang steigen nach Schätzungen die Kosten der Krise immer noch. Im Dezember 2010 bezifferte der IWF die Kosten für Deutschland mit 115 Milliarden Euro. Dies hat Spuren im Bundeshaushalt hinterlassen. In den letzten vier Jahren ist die Staatsverschuldung massiv angestiegen. Trotz guter Konjunktur und hoher Steuereinnahmen, schafft es die schwarz-gelbe Bundesregierung nicht, eine schuldenfreie Politik zu machen. Schwarz-Gelb hat im Bund 100 Mrd. € neue Schulden gemacht, davon 17 Mrd. in diesem Jahr. Solch eine Politik belastet zukünftige Generationen und nimmt der Gesellschaft ihre Gestaltungsfreiheit.
2. Der großen Staatsverschuldung steht ein wachsendes Privatvermögen gegenüber, das zunehmend ungleicher verteilt ist. Dem reichsten Prozent der Bevölkerung gehören 35 Prozent des gesamten Vermögens. Gleichzeitig verfügt die untere Hälfte der Haushalte gerade einmal über ein Prozent. In Deutschland ist die Ungleichheit im Vergleich mit anderen OECD-Ländern mit am Schnellsten gestiegen und ist unter den Euro-Staaten am höchsten. Die Vermögensverhältnisse verfestigen sich. Wer in jungen Jahren arm ist, wird auch später meist in Armut leben. Aufstiegsmöglichkeiten, Leistungs- und Chancengerechtigkeit haben deutlich abgenommen. Einen Anteil an dieser Entwicklung haben Änderungen in der Steuergesetzgebung, wie z.B. die Abschaffung der Vermögenssteuer, die Senkung des Spitzensteuersatzes von 53 auf 42 Prozent, sowie die Einführung einer Abgeltungssteuer. Die Vermögensabgabe soll diese Entwicklung abbremsen.
3. Eine Vermögensabgabe für die Vermögendsten in unserer Gesellschaft könnte die Bundes-schulden innerhalb von 10 Jahren um 100 Milliarden Euro reduzieren. Berechnungen des DIW zufolge unterliegen 330.000 bis maximal 340.000 Menschen der grünen Vermögensabgabe. Dies ist weniger als ein Prozent der Bevölkerung.

Das GRÜNE Ziel:

Wir wollen eine nachhaltige, solide Finanzpolitik, die nicht auf neuen Schulden aufbaut. Öffentliche Ausgaben müssen über Einnahmen finanziert werden. Die Vermögensabgabe ist somit ein wichtiger Beitrag zur Sanierung der Staatsfinanzen. Die Vermögensabgabe ist so ausgestaltet, dass niemand überfordert wird und kleine und mittelständische Unternehmen geschützt sind. Wir wollen nur diejenigen für die Abgabe heranziehen, die es sich leisten können. Das halten wir für sozial gerecht - im Vergleich zu allgemeinen Steuererhöhungen oder Leistungskürzungen für alle. Unsere Vermögensabgabe stärkt die Investitionskraft der öffentlichen Hand und behindert nicht die Investitionen der Unternehmen.

Das wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Wir wollen eine einmalige, befristete Vermögensabgabe einführen, die ab einem Nettovermögen über einer Millionen Euro greift. Jährlich ist ein Abgabesatz von 1,5 Prozent über einen Zeitraum von 10 Jahren zu zahlen. Der Stichtag für die grüne Vermögensabgabe soll der 1. Januar 2012 sein. Darüber hinaus wird pro Kind ein Freibetrag von 250.000 Euro gewährt. Ansprüche auf Renten und ähnliche Versorgungssysteme sind von der Vermögensabgabe ausgenommen. Personen, die privat vorsorgen (v.a. Selbständige), gewähren wir einen zusätzlichen Altersvorsorgefreibetrag in Höhe von 380.000 Euro. Dieser Freibetrag orientiert sich an den durchschnittlichen Altersvorsorgeansprüchen von Arbeitnehmern. Für Betriebsvermögen bekommt jeder Abgabepflichtige einen Freibetrag von fünf Millionen Euro. Das bewirkt, dass ca. 90 Prozent aller Unternehmenseigentümer auf keinen Fall betroffen sind. Es sind also nicht die EigentümerInnen mittelständischer Unternehmen betroffen, sondern Personen mit einem sehr hohen Vermögen, das möglicherweise auch aus Anteilen ertragsstarker Unternehmen besteht.

Zum Weiterlesen:

http://www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/fraktion/beschluesse/vermoegensabgabe.pdf

http://www.gruene-intern.frak/cms/default/dokbin/420/420529.gruene_steuerspolitik.pdf

http://www.diw.de/sixcms/detail.php?id=diw_01.c.366545.de

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/107/1710770.pdf>

Grüne Vermögensabgabe - Das sagen die anderen

CDU/CSU

CDU/CSU lehnen eine höhere Vermögensbesteuerung strikt ab. Weder die Ungleichverteilung noch die hohen öffentlichen Schulden scheinen sie zu kümmern. Es reicht ihnen, auf die momentan hohen Steuereinnahmen zu verweisen. Damit verlassen sie sich auf die gute konjunkturelle Phase und versprechen sogar Wahlgeschenke im Umfang von rund 28 Milliarden Euro. Es ist allerdings zu befürchten, dass auf wirtschaftlich gute Zeiten irgendwann schlechte Zeiten folgen und die Steuereinnahmen zurückgehen werden. Auf die Frage, wie man mit solch einer Politik Schulden abbauen und gleichzeitig die dringend notwendigen Investitionen in Bildung und Infrastruktur tätigen will, hüllt sich die Kanzlerin wie so oft in Schweigen.

FDP

Die FDP lehnt eine Vermögensabgabe ab. Nach alternativen Vorschlägen zum Abbau der Schulden sucht man vergeblich. Statt eines gerechten Beitrags aller Gesellschaftsschichten, will die FDP Steuer-senkungen für ihre Klientel durchsetzen, die nicht gegenfinanziert sind. Ein Beispiel dafür war die Mehrwertsteuerausnahme für das Hotelgewerbe. Rechnet man Steuersenkungen, die die FDP in ihrem Programm vorschlägt, zusammen, so belaufen sich diese auf mindestens 30 Milliarden Euro. Kurz gesagt: unsolidarisch und unsolide.

SPD

Die SPD will eine Vermögenssteuer wiedereinführen. Die Einnahmen aus dieser Vermögenssteuer würden aufgrund von Steuergestaltungen geringer ausfallen und die Erhebungskosten höher werden als bei der grünen Vermögensabgabe. Bisher hat die SPD noch kein konkretes Konzept zur Ausgestaltung ihrer Vermögenssteuer vorgelegt.

DIE LINKE

DIE LINKE setzt sich für eine Millionärssteuer ein. Ab einem Vermögen von einer Millionen Euro soll jährlich 5 Prozent auf Vermögen erhoben werden. Eine Vermögenssteuer, die die Rendite eines großen Teils des Vermögens übersteigt, würde zu Steuerflucht und einem rapiden Preisverfall z.B. von Immobilien führen. Entsprechend gering würde auch das Aufkommen einer solchen Steuer ausfallen. Außerdem darf bezweifelt werden, ob eine jährliche Vermögensbesteuerung in dieser Höhe verfassungsgemäß wäre.